

Haushaltsrede des FV der SPD- Fraktion (es gilt das gesprochene Wort)

Herr BM meine Damen und Herren,

.. das ist ja irgendwie komisch mit diesem Haushalt, wir haben offensichtlich kein Geld, Die Erträge brechen an vielen Stellen dramatisch weg und trotzdem investieren wir – können wir investieren - können Beiträge und Abgaben weitgehend stabil halten und weiterhin unsere Gebäude, Grundstücke und Straßen angemessen bis gut unterhalten.

Nun, das Einzige, was man ohne Geld machen kann, sind Schulden – das machen wir dann auch, ... und da merken wir schnell, dass wir genau zum richtigen Zeitpunkt in das NKF eingestiegen sind. Hier nutzen wir die Möglichkeiten durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und der teilweise Entnahme aus der allgemeinen Rücklage. Dessen muss man sich bewusst sein.

Da aber, wie der Kämmerer bei seiner Einbringungsrede betont hat, die allgemeine Rücklage nur bis zu einer Höhe von 5% in zwei aufeinander folgenden Jahren aufgezehrt werden darf, steht die wichtigste Botschaft des Haushalts fast unbemerkt zweiseitig im §7 der NKF-Haushaltssatzung: Haushaltssicherungskonzept: entfällt.

Wenn das nicht wäre, brauchte ich nun gar nicht weiter zu reden, denn die Planungen für das Ausgeben unseres nicht vorhandenen Geldes machten dann andere, aber auch an vielen Stellen das Festsetzen von Gebühren und Beiträgen, wie das im übrigen bei 105 Städten und Gemeinden in NRW der Fall ist.

Einige sind nicht verantwortlich mit dem Übergang in das NKF umgegangen.

Deshalb steht für uns hinter diesen zwei Silben des § 7 natürlich eine andere Botschaft – wir müssen zusehen, dass diese allgemeine Rücklage nach der Reduzierung wie im Vorbericht dargestellt, in den Folgejahren wieder aufgefüllt wird.

Wir als Mehrheitsfraktion sind uns dieser besonderen Aufgabe und der damit verbundenen Verantwortung wohl bewusst.

Nun ist eine Strategie zur Konsolidierung des kommunalen Haushalts nicht nur auf einzelne Aspekte der Einnahme oder Ausgabeseite zu beschränken. Notwendig wäre ein umfassender Ansatz, der Bund, Länder und Kommunen einschließt um über eine „Generalinventur“ zu einer Neustruktur der Finanzierung zu kommen.

Wir haben aber in unserem Haushalt mit den Stellschrauben der Erträge und der Aufwendungen zu tun und wir müssen dazu sozusagen das richtige Werkzeug finden.

Auf der Ertragsseite sind die Einnahmen aus dem kommunalen Einkommensteueranteil für die Mehrzahl der Gemeinden neben der

Gewerbsteuer sowie den Schlüsselzuweisungen der größte einzelne Einnahmeposten im Verwaltungshaushalt.

Allen Gemeinden bundesweit fließt aus den veranlagten Einkommenssteuern ein Anteil von 15% zu.

Für uns ist die Einkommenssteuer mittlerweile die absolut wichtigste Steuerquelle. Sie übertrifft jetzt das Aufkommen der Gewerbesteuer um ca. 3 Mio. € jährlich. Ein Blick zurück zeigt, dass die Einkommenssteuer von 1995 bis 2005 ständig gesunken ist. Der Tiefststand wurde 2005 mit ca 10 Mio. € erreicht. Seit 2006 steigt der Anteil an der Einkommenssteuer wieder – im Ergebnisplan 2008 auf 12,9 Mio. €. In den folgenden Jahren sind im Haushalt Steigerungen von 4% eingearbeitet. Das hängt einerseits mit dem bundesweiten Rückgang der Arbeitslosigkeit, andererseits aber auch mit der Strukturveränderung in unserer Stadt selbst zusammen. Die veränderte Siedlungspolitik, die Mitte der 90er Jahre eingeläutet wurde, trägt jetzt und in Zukunft noch mehr Früchte. Wir brauchen weiterhin bezahlbare Grundstücke für junge Familien, wir brauchen weiterhin Wohnbaumaßnahmen im Eigenheimbau und müssen weg vom mehrgeschossigen Mietwohnungsbau – das muss auch künftig unsere Bebauungsplanung bestimmen.

Nachhaltig würde diese Entwicklung im übrigen gestärkt durch die vorgesehenen Wohnungsbauprojekte der Wasserstadt Aden. Auch deshalb unterstützt die SPD-Fraktion alle Bestrebungen, dieses Projekt in einer Förderkulisse zu platzieren, denn ohne Förderung wird dieses ehrgeizige Projekt nicht realisiert werden können. Vor diesem Hintergrund tragen wir auch die 5,3 Mio. € Investitionen als Eigenanteil mit. Man muss sich nur vorstellen, dass hier insgesamt 57 Mio. € investiert werden sollen. Eine Investition, die allen in der Region zugute kommen wird – wenn das Projekt realisiert wird. Für die Einkommenssteuer würde das einen gewaltigen Schub bedeuten, werden doch in dieser Wasserstadt dann 500 bis 700 neue Wohneinheiten in sehr guter Qualität entstehen. Man muss sich auch hier bewusst sein, dass mit einem Haushaltssicherungskonzept es keine Wasserstadt geben würde – die 5,2 Mio.€ Eigenanteil würden sofort kassiert!

Neben der Höhe ist auch die Verlässlichkeit der Einkommensteuer ein weiterer Pluspunkt, der deutlich macht, dass wir dringend an unserer Sozialstruktur arbeiten müssen, um unsere Stadt finanziell gesunden zu lassen.

Weit weniger verlässlich ist die Gewerbesteuer – ein Blick in die Entwicklung der letzten Jahre zeigt das.

Die Gewerbesteuer ist in den letzten Jahren teilweise dramatisch weg gebrochen, insbesondere durch strukturelle Entwicklungen bei den Großbetrieben. Dabei bleibt abzuwarten, wie sich die seit dem 1.1. 2008 vollzogene Unternehmenssteuerreform auswirken wird. Dabei nutzt unsere Verwaltung jeden noch so kleinen Ansatz, um Gewerbesteuern einzunehmen. So wurden durch das so genannte Gewerbesteuersplitting ca 500 T€ mehr an Gewerbesteuern eingenommen. Das Gewerbesteuersplitting ist ein Verfahren, bei dem Unternehmen, insbesondere Bauunternehmen, auch wenn sie in unserem Stadtgebiet nur vorübergehend tätig sind, anteilmäßig im Rahmen der Zerlegung

Gewerbesteuern entrichten. Ein Verfahren, das längst nicht alle Städte anwenden.

Um die Gewerbebesteuer zu stabilisieren, brauchen wir Arbeitsplätze in Bergkamen – Arbeitsplätze in gesunden Mittelstandsbetrieben - daran müssen wir gemeinsam arbeiten, auch wenn die Diskussion im FNP-Verfahren zeigt, dass die Ausweisung von Gewerbegebieten nicht einfach ist.

Wir brauchen also dringend beides für unsere Erträge: Mehr sozialversicherungs- und steuerpflichtige Beschäftigte in „soliden“ Wohnungen.

Und mehr Arbeitsplätze, um an den Erträgen der Unternehmen zu partizipieren.

Daran müssen wir alle gemeinsam arbeiten, denn Schlüsselzuweisungen können nur höchstens 5/8 der ausgefallenen Gewerbesteuern ersetzen – besser ist ein gesunder Mittelstand.

BM, meine Damen und Herren,

Der Haushalt zeigt auch, wie wichtig für unsere Finanzausstattung unsere Beteiligungen und unsere Eigenbetriebe sind.

Ohne GSW mit Gewerbebesteuer, Konzessionsabgaben und der Unterhaltung unserer Freizeiteinrichtungen – ohne Sparkasse mit Gewerbebesteuer und Ausschüttung, und ohne die Ausschüttung der UKBS könnten viele freiwillige Ausgaben nicht getätigt werden.

Der Stadtbetrieb Entwässerung trägt mit Investitionen von 16 Mio. € allein in den Jahren 2008 und 2009 Jahr dazu bei, dass Aufträge für den Mittelstand in der Region bleiben und damit Arbeitsplätze gesichert werden

Neben diesen Investitionen des Stadtbetriebs Entwässerung sind wir sehr dankbar, dass es dem Kämmerer gelingt, durch Strukturmaßnahmen im Finanzbereich weiter zu investieren. 15,2 Mio. € an Auszahlungen aus Investitionstätigkeit für die Jahre 2008 und 2009 bleiben so ebenso zum größten Teil in der Region und sichern die Ertragsseite unseres Haushalts.

Meine Damen und Herren,

der Kämmerer hat in seiner Einbringungsrede deutlich gemacht, wie viele Investitionen wir trotz der schlechten Haushaltslage noch tätigen – notwendige Investitionen und sehr begrüßenswerte Investitionen in die Zukunft. Sie stärken unsere Stärken in Richtung einer multifunktionalen Stadt.

Meine Damen und Herren

Henry Ford hat einmal gesagt: „Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor. Sie beginnt im Klassenzimmer.“ Deshalb sind Investitionen in Bildung auch Investitionen in die Zukunft. Für unseren Teil machen wir das seit Jahren.

Wir begrüßen deshalb die 2,3 Mio. € für Baumaßnahmen in und an den Schulgebäuden und weitere 1,5 Mio. € für die Ausstattung unserer Schulen. Als Schulträger erfüllt die Stadt nicht nur ihre Pflichtaufgaben,

wir brauchen keinen Vergleich zu scheuen und erhalten und verbessern damit unser ohnehin gut aufgestelltes Schulsystem.

Dazu gehört sicherlich auch die Umsetzung ganzheitlicher Energiekonzepte, denn Schüler und Lehrer, die sich in den Gebäuden wohl fühlen sind sicherlich noch motivierter für die Erfüllung ihrer Aufgaben.

Wir tragen die Maßnahmen im Schulzentrum Am Friedrichsberg mit und bekennen uns ausdrücklich auch zu den zusätzlichen Kosten von 1,2 Mio. €, die nicht durch zinsgünstige KfW Kredite gefördert werden können. Wir sind der Meinung, dass dieses gut angelegtes Geld ist, da demnächst notwendige Erhaltungs- und Renovierungsmaßnahmen gleichzeitig abgearbeitet werden können. Wir sind auch der Meinung, dass durch diese Gesamtmaßnahme letztendlich Einsparungen zu erzielen sind, durch effektiven Einsatz von Personal und Material. Besonders erfreut ist die SPD-Fraktion über zwei Maßnahmen, die im Investitionsprogramm für den Durchführungszeitraum 2009 geblieben sind: Die Kunstrasenplätze in Weddinghofen und in Overberge. Wir sind sicher, dass der Realisierungsvorbehalt, eben die erforderlichen Grundstücksverkäufe in den Ortsteilen durchzuführen, ausgeräumt werden kann und die Maßnahmen durchgeführt werden.

Zumindest in Weddinghofen zeichnet sich das ab. Besonders erfreulich ist die Maßnahme „Sanierung des Schulsportübungsplatzes am Gymnasium im Jahre 2011. Damit werden wir dann in jedem Stadtteil funktionsfähige und gleichzeitig wartungsarme Sportanlagen für den Vereins- und den Schulsport zur Verfügung haben.

Meine Damen und Herren,

Wie wichtig unsere Verkehrswege unsere Straßen und Wege für die Bürgerinnen und Bürger sind haben wir gerade eben wieder erfahren bei den Werkstätten zur Aufstellung des Flächennutzungsplan.

Wir begrüßen deshalb die Ankündigung des Kämmerers bei Baumaßnahmen des Stadtbetriebes Entwässerung sozusagen großzügig zu sanieren und dringend erforderliche Straßenbauarbeiten gleich mit zu erledigen.

Die SPD-Fraktion spricht sich auch für den Vorschlag der Verwaltung aus und unterstützt die Investition im Bereich des Bebauungsplanes Bk 110 Himmeldieck.

Ohne weitere Zuzahlung der Anlieger werden die Straßen, die Gehwege und die Beleuchtung in den zu Recht von den Bürgern erwarteten Zustand versetzt. Die rechtliche Auseinandersetzung mit dem Erschließungsträger in diesem Bereich bleibt davon unberührt. Aber – es ist eine freiwillige zusätzliche Aufgabe, die wir als Stadt dort übernehmen, um endlich das Umfeld ansprechend herzurichten - mit dem Geld aus dem Haushalt – für die Bürgerinnen und Bürger, die dort wohnen.

Zu den Verkehrswegen gehören für uns Sozialdemokraten auch die Radwege. Die infrastrukturellen Verbesserungen für den Radverkehr in der Vergangenheit, das von der SPD-Fraktion auf den Weg gebrachte Radverkehrskonzept, die Verankerung der Radverkehrsförderung in der

Verwaltung und die in 2007 umgesetzten Maßnahmen aus dem Katalog des Konzeptes bilden die Grundlage für eine konsequente Weiterarbeit. Daher fordern wir für das Jahr 2008 und für das Jahr 2009 jeweils die Einstellung von 10 T € um das gute Niveau unserer Radwege zu halten, bzw. weiter zu verbessern. Wir wissen, dass der Betrag gering ist, deshalb sagen wir, sollten sich darüber hinaus Fördermöglichkeiten für den Bau weiterer Radwege ergeben - und wir fordern die Verwaltung auf, nach solchen Möglichkeiten zu suchen – wird im Rahmen des Haushaltsvollzugs darüber zu entscheiden sein.

Wir werden weiterhin konsequent daran arbeiten, in die „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW“ aufgenommen zu werden. Wir werden demnächst der Verwaltung einen entsprechenden Arbeitsauftrag erteilen.

Auch beim Radverkehr zeigt uns die Leitbilddiskussion in den FNP Werkstätten die Richtung. Wir sind dabei, den Auftrag der Bürgerinnen und Bürger umzusetzen und arbeiten an einer Stadt der kurzen Wege.
BM - meine Damen und Herren

Eine unbedingte Pflichtaufgabe ist weiterhin die gute Ausstattung unserer Freiwilligen Feuerwehr, deshalb finden die investiven Maßnahmen von insgesamt 1,4 Mio. € die uneingeschränkte Zustimmung unserer Fraktion.

Wir unterstützen damit auch aus eigenem Interesse das ehrenamtliche Engagement der Feuerwehrleute, die nur mit einer guten Ausrüstung die hohen Anforderungen des Brandschutzbedarfsplans erfüllen können und uns damit weiterhin eine Berufsfeuerwehr ersparen, die viel mehr kosten würde.

Eine weitere Stärke unserer Stadt ist seit vielen Jahren schon die Qualität unserer Kultur. Das Kulturangebot einschließlich der Lichtkunst unterstützt auf hervorragende Weise das touristische Angebot und damit den Strukturwandel.

Unsere Kultur ist gewachsen wie ein kräftiger und viel gestalteter Mischwald. Er leistet seinen Beitrag zur lebensnotwendigen Frischluft. Das hat Richard von Weizsäcker einmal gesagt – und der ist CDU-Politiker. Er hat damit nicht Bergkamen gemeint –es könnte aber sein

... und damit bin ich bei der Landmarke und ihrem Antrag liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

.. wenn man diesen Antrag liest, und hat im Kopf, was schon alles mit dieser Landmarke gelaufen ist, dann - um in Weizsäckers Bild zu bleiben – bleibt einem die Puste weg. Da kriegt das Kürzel CDU eine ganz neue Bedeutung: Christlich - Demokratischer –Unsinn. Seit fast 10 Jahren ist diese Landmarke im Gespräch. Platziert ist sie sowohl bei der Metropole Ruhr im „Konzept Ruhr“ – die Unterlagen sind Ihnen ja vor einigen Monaten zugegangen – wie auch als Leuchtturmprojekt für die Kulturhauptstadt Ruhr 2010. In diesem Zusammenhang wurde seit September 2006 fünf Mal im Kulturausschuss berichtet und diskutiert. Im August 2007 wurde

einstimmig im Kulturausschuss zur Kenntnis genommen „Die Realisierung einer Landmarke auf der Bergehalde „Großes Holz“ wird angestrebt. Selbst vor 2 Wochen im Kulturausschuss war kein Protest aus ihren Reihen zu bemerken, sondern eher Kopfnicken.

Da wurde dargestellt, dass die Landmarke nicht isoliert zu betrachten ist, sondern dass Sie in einer Reihe steht mit anderen Landmarken sozusagen als östlichster Schlusspunkt. Entweder haben sie an vielen Stellen geschlafen --- oder hellwach hinter der Hecke gelegen. Ich glaube weiterhin, dass Sie hier gar nicht sachlich diskutieren wollen, sondern nur die SPD vorführen wollen, die so viel Geld ausgeben will für so etwas, das vielleicht in Ihren Augen zu Bergkamen gar nicht passt – wie die anderen Lichtkunstwerke, wie Busbahnhof und blaues Band. Wir machen uns doch lächerlich bei den Projektentwicklern und bei den Fördergebern – da sind wir doch nicht mehr verlässlich. Das ist „Leserbriefschreiberniveau“.

Liebe Kolleginnen und –kollegen von der CDU, an **dieser** Stelle ist kein Risiko für den Haushalt zu erkennen, die sind an anderer Stelle. Da komme ich gleich noch drauf.

Diese angesetzten 900 T€ sind Fremdmittel, auch wenn Sie in Ihrem Antrag suggerieren, dass 270 T€ Eigenanteil da sind. Dann müssen sie mal auf die Ertragsseite gucken, da sind 900 T€ dargestellt. Es heißt außerdem, dass Sie auf 630 T€ Zuwendungen verzichten wollen – sollen die in andere Städte fließen?

Ich sage ganz deutlich für die SPD-Fraktion: wir stehen zu diesem seit Jahren geplanten Projekt. Wir weisen darauf hin, dass allerdings die 270 T € durch Sponsorengelder und weitere noch zu erwirtschaftende Drittmittel aufgebracht werden müssen und nicht aus dem Haushalt zu finanzieren sind.

Die Formulierung im Haushalt für diese Mittel sind übrigens ein Kunstwerk an sich, sie sollen nämlich „ über eine investive Einzahlung aus der Bewirtschaftung Bergehalde Großes Holz finanziert werden“.

Aber „Alles im Leben hat seinen Preis; auch die Dinge, von denen man sich einbildet, man kriegt sie geschenkt“ hat Theodor Fontane gesagt und das gilt auch überraschenderweise für die Landmarke.

Natürlich gibt es da Folgekosten, das müssen wir uns leisten, wenn wir unsere Stadt weiter entwickeln wollen. Die Lichtkunstwerke haben Sie versucht mit dem Hinweis auf Vandalismusgefahr kaputt zu machen – hier kommen Sie mit Folgekosten – und die sind eben zu kalkulieren, wenn man Genaues weiß. Und Genaues weiß man jetzt auch noch nicht, deshalb muss der Posten im Haushalt bleiben – das „Rauskegeln hilft niemanden, am allerwenigsten dem Haushalt und den Stadtfinanzen.

... und da man an dieser Stelle glaubt, so schön bei den Bürgerinnen und Bürgern punkten zu können, haben auch die Fraktion BergAU(F und ganz kreativ und innovativ auch der Herr Klostermann von der FDP ganz plötzlich die Ablehnung der Landmarke für sich entdeckt. Dieses „Bündnis“ von links nach rechts gegen die Landmarke entlarvt sich selbst. Hier geht es nicht um die Sache, sondern um Stimmungsmache mit falschen Zahlen, Begriffen und ganz viel Sand, der den Wählern in

die Augen gestreut werden soll. Kirchturmdenken ist gerade das, was Sie machen Herr Klostermann, Sie lassen nämlich die Einbettung des Programms in überregionale, landesweite Projektbeschreibungen außer Acht und noch einmal zum Mitschreiben: Gebaut wird deshalb **jetzt** noch lange nicht – das muss alles seriös abgesichert sein, damit Bergkamen auf seinem Weg, touristische Strukturen weiter zu entwickeln fortfahren kann.

Größere Risiken sind an anderer Stelle im Haushalt zu erkennen. Was ist, wenn die Landesregierung den Städten und Gemeinden noch mehr Aufgaben und Investitionen auf's Auge drückt, wie im Schulbereich z.B. die Kosten für das Abitur nach 12 Jahren, die Kosten der Lehrmittelfreiheit, das aufwendige Sprachstandsfeststellungsverfahren oder die Schulungskosten für z.T. sinnlose Schulverwaltungsprogramme.

Was kostet uns das schlimme KiBiz Gesetz, das trotz massiver Proteste von Fachleuten durch die Landesregierung durchgesetzt wurde.

Der städt. Haushalt wird aus der Sicht der SPD-Fraktion in unverantwortlicher Weise und familienpolitisch durch fehlerhafte Entscheidungen der schwarz-gelben Landesregierung belastet, wie es gerade nicht sein dürfte. Ich spreche damit das Thema KiBiz und Elternbeiträge an. Es muss daran erinnert werden, dass das Land bereits ab dem Kindergartenjahr 2006/2007 aus dem Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren ausstieg und es den Kommunen überließ, in welcher Höhe Elternbeiträge erhoben werden sollten. Das führte von Beginn an zu einer Ungleichbehandlung, die die wohlhabenden Kommunen begünstigte und die strukturschwachen benachteiligte. Mit dem KiBiz, das zum 01.08.2008 in Kraft treten wird, hätte das Land die Chance gehabt, die fehlerhafte Entwicklung zu korrigieren. Stattdessen wurde das Falsche noch festgeschrieben. Um das vom Land vorgesehene Elternbeitragsaufkommen in Höhe von 19 % der Betriebskosten der Kindertagesstätten zu erreichen, müsste die Stadt Bergkamen mehr als 1,5 Mio. € von den Eltern erheben. Tatsächlich lag das bisherige Beitragsaufkommen unter 800.000 €, sodass die Lücke über eine entsprechende Anpassung der Elternbeiträge oder aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren sein wird. Man kann heute davon ausgehen, dass die Stadt weit mehr als ½ Mio. € aus städtischen Mitteln aufwenden muss, um fehlerhafte Landesentscheidungen vor Ort zu korrigieren.

„Spätestens seit den umfassenden Lernstandsuntersuchen an allen Fronten (Pisa, VERA, Iglu) – soll der Elementarbereich gestärkt werden. D.h. – es wird erkannt, dass die Tageseinrichtungen für Kinder nicht Verwahren und Beschäftigen zum Ziel hat, sondern organisierte Bildung und Erziehung.

Das ist dringend notwendig in unserer Gesellschaft, insbesondere bei Menschen, die nicht so viel Wert auf Bildung legen, muss da früh genug angesetzt werden.

Damit wird auch die Rolle und das Berufsbild der Erzieherinnen ungemein aufgewertet – zu Recht. Aber wenn das Bildung ist, dann

bitteschön ist das nicht Sache von Städten und Gemeinden zu bezahlen – dann ist das Sache des Landes..

Es muss ein steuerfinanziertes Modell her – dass diese **Bildungseinrichtungen** auch **kostenfrei** sind – sein können – bitte schön, liebe Landesregierung ihr wolltet die Verantwortung – nun habt ihr sie – ihr dürft sie nicht abwälzen, sondern selbst finanzieren.“
Das war ein Zitat aus meiner Haushaltsrede vom letzten Jahr. Leider ist es im Moment ja noch viel schlimmer gekommen für uns.
Niedersachsen und Herr Wulf setzen im übrigen das beitragsfreie Kindergartenjahr um.

Wie schlimm die Landesregierung uns finanziell belasten kann, haben wir jetzt erlebt. 1,6 Mio. € sollten wir bekommen aus Rückzahlung vom Solidarausgleich. Nein die schwarz-gelbe Landesregierung kümmert sich nicht um ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes und hat den Anteil gekürzt und auch den verminderten Betrag bis heute nicht gezahlt. Bei solchen Dingen liegen die Risiken liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr BM, meine Damen und Herren,

wenn man sich die Investitionen auch schon vom letzten Jahr und die Budgetansätze anguckt, dann könnte man meinen, wir hätten nach Wilhelm Busch gehandelt, der gesagt hat „er fühle sich wie neu gestärkt, Als er so viel Geld bemerkt.“

Und deshalb muss ich zum Schluss des Haushaltsteils noch einmal warnen: Der Grat zwischen Gestaltungsspielraum und Nothaushalt mit HSK ist eng, wir sollten das alle gemeinsam erkennen.

Die SPD-Fraktion, um es vorweg zu nehmen, steht hinter dem Stellenplanentwurf für die Jahre 2008/2009.

Sicherlich wäre es wünschenswert, an der einen oder anderen Stelle zusätzliches Personal bereitzustellen.

Außer Acht gelassen werden können jedoch nicht die bereits mehrmals erwähnten finanziellen Abhängigkeiten, die dieser Haushaltsentwurf mit sich bringt.

Weitere Ausgaben – und dazu zählen ebenganz besonders Personalausgaben – würden die Deckungslücke noch vergrößern und die Stadt Bergkamen weiter in Richtung Haushaltssicherungskonzept bringen.

Die SPD-Fraktion ist erfreut, dass es der Verwaltung trotz der finanziellen Zwänge gelungen ist, insbesondere die Stellen, die dringend notwendig sind und von den Sozialdemokraten immer eingefordert wurden, nämlich im Ordnungsdienst sowie im sozialen Bereich, zusätzlich zu schaffen.

Im Bereich der Ausbildungssituation wird durchaus gesehen, dass zusätzliche Ausbildungskräfte zu einer Entlastung des Ausbildungsmarktes beitragen könnten. Aber auch hier gilt das zuvor Gesagte, Ausbildungsplätze kosten auch Geld und dieses ist eben im Moment nicht vorhanden.

Trotzdem hat sich die SPD-Fraktion entschlossen, wie in den vergangenen Jahren, für mehr Ausbildungsplätze einzutreten. Aus diesem Grunde auch unser Antrag für das Haushaltsjahr 2009 Ausbildungsplätze für den Bereich „Straßenbauer“ zur Verfügung zu stellen und das ist jetzt der richtige Zeitpunkt, weil wir ja bekanntlich einen Doppelhaushalt beschließen.

Der Beruf des Straßenbauers ist ein Ausbildungsberuf, der im Gegensatz zu dem des Straßenwärters durchaus Vermittlungschancen in der Privatwirtschaft beinhaltet, also sollte auch über Bedarf ausgebildet werden.

Eine Erhöhung der Ausbildungszahl für 2008 wird schon aus dem Grunde nicht befürwortet, da das Verfahren auf der Grundlage unserer gemeinsamen Beschlüsse im September 2007 inzwischen abgeschlossen ist und eine Chancengleichheit für Bewerber, die sich möglicherweise inzwischen anders entschieden haben, nicht mehr gegeben ist.

Aus diesem Grunde wird auch die SPD-Fraktion den Antrag der Fraktion Grüne/GAL ablehnen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, dass die Stadt Bergkamen mit insgesamt 35 Ausbildungsplätzen, die im Jahr 2008 zur Verfügung gestellt werden, durchaus einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungssituation leistet.

Hinzu kommen noch über 80 Praktikantinnen und Praktikanten, die in verschiedensten Bereichen der Verwaltung ausgebildet werden, das heißt Praktika absolvieren, die für ihre Berufsausbildung zwingend notwendig sind.

Insgesamt werden in 2008/2009 jeweils rd. 470.000,00 EUR für Ausbildungsplätze bereitgestellt.

Den Antrag der Fraktion BergAUF hinsichtlich zusätzlicher Mittel für die Jugendarbeit und Einrichtung von zwei zusätzlichen Streetworker-Stellen wird die SPD-Fraktion ebenfalls ablehnen.

Wie bereits zu Beginn gesagt, wäre es sicherlich wünschenswert, an verschiedenen Stellen zusätzliches Personal bereitzustellen, aber es gilt eben auch darauf zu achten, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen und ein vernünftiges Verhältnis zwischen Aufwand und Erfolg gegeben ist.

Gerade im Bereich der Jugendarbeit und im Einsatz von Streetworkern ist dies nach Auffassung meiner Fraktion unbedingt der Fall.

Die Schaffung von zusätzlichen Räumen für die Offene Jugendarbeit sowie die Bereitstellung von zwei Stellen für Streetworker sind die Forderungen der SPD-Fraktion in den letzten Jahren gewesen, die bekanntlich auch inzwischen realisiert wurden.

Die Arbeit der Streetworker in ihrer jetzigen Form kann durchaus als erfolgreich angesehen werden. Neben den Streetworkern gibt es in diesem Bereich einen bedarfsgerechten zusätzlichen Einsatz der Mitarbeiter aus den drei Jugendzentren. Dies erscheint uns im Moment auskömmlich, wie Akzeptanz und Erfolgs belegen.

Wie es bei BergAuf üblich ist, wird nicht gesagt, woher das Geld kommen soll – oder es werden Fantasiefinanzierungen erwähnt, die nicht zu realisieren sind.

So komme ich nun zu den Anträgen der Fraktionen – zumindest zu denen, die ich eben noch nicht erwähnt habe.

Für den Antrag der „Grünen/GAL „Überplanung und Verkauf der Parkplätze am Haldenweg“ liegt bereits ein Ratsbeschluss vom 13.5.2004 vor. Die Flächen werden bereits vermarktet und Manfred Turk hat darüber im letzten Stadtentwicklungsausschuss berichtet – wir sehen keinen Sinn in einer Abstimmung – sollten wir dann müssen, stimmen wir natürlich zu – wie schon 2004.

Was den Antrag eine „elektronische Infothek für die Verbraucherberatung zu schaffen“ betrifft, sehen wir erst einmal den Kreis in der Pflicht. Sollte zur Neukonzeption der Verbraucherberatung im Kreis gehören, solche Terminals einzurichten, müsste auch die Finanzierung in erster Linie der Kreis übernehmen. Falls das nicht passieren sollte, trägt die SPD-Fraktion eine Finanzierung aus dem Haushaltsvollzug mit.

Der Verzicht auf die „Sanierung der Parkpalette am Nordberg“ kann nicht mitgetragen werden. Hier können wir keine Einsparmöglichkeiten erkennen, da die Verkehrssicherungspflicht auf jeden Fall gewährleistet sein muss. Allerdings ist die Idee hinter dem Vorschlag richtig, deshalb fordern wir die Verwaltung auf, eine Konzeption der künftigen Nutzung dem Rat im Laufe des Jahres 2008 zur Entscheidung vorzulegen. Der Haushaltsansatz von 250 T Euro sollte mit einem Sperrvermerk versehen werden

Auf die Anträge der Fraktion „BergAUF“ kann man sich nicht ernsthaft einlassen. Hier werden durchgängig gesetzliche Vorschriften außer Acht gelassen, willkürlich Kompetenzen von Ländern und Gemeinden durchmischt und übergangen sowie versucht, durchaus wünschenswerte Ziele mit falschen ideologisch geprägten Ideen zu erreichen.

Wer Jugendarbeit und Kindergartengebühren finanzieren will durch die Streichung der Mittel für die Bergehalde – die ja gar nicht da sind – der

täuscht entweder die Bürgerinnen und Bürger oder hat das ganze Zahlenwerk nicht ernsthaft verstanden. Ich befürchte fast nach ihren letzten Redebeiträgen im Rat liebe Kollegen von der Fraktion BergAUF es trifft beides zu – und das ist am schlimmsten.

Zustimmen werden wir natürlich der Entschließung der „vollen Beitragsfreiheit für die Eltern bei der Kindergartenfinanzierung“ da haben Sie ja von uns abgeschrieben – mein Zitat aus der letzten Haushaltsrede haben Sie ja gehört.

Herr BM , liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne

Zum Schluss lassen Sie mich der Verwaltung meinen ausdrücklichen Dank sagen. Ich sage nicht nur ein Dankeschön für dieses Zahlenwerk, sondern auch für die Ideen, die dahinter stecken und für die Aufnahme von Ideen unserer Fraktion, die wir wiederfinden auch in diesem zweiten NKF – Haushaltsplan – dem ersten Doppelhaushalt mit diesem System.

Für die SPD-Fraktion darf ich dem Kämmerer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den großen Dank aussprechen für die qualifizierte Arbeit, die Sie uns vorgelegt haben.

Sie haben wie schon im letzten Jahr versucht, uns als Freizeitpolitiker mitzunehmen auf den Weg in ein neues Haushaltssystem. Wir haben wieder ein wenig gelernt und können schon ganz gut damit umgehen.

Die SPD-Fraktion wird dem Doppelhaushalt 2008/ 2009 im Neuen Kommunalen Finanzmanagement zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!